

Stadtblatt

Bad Salzuflen

SPD

Schulpolitik der schwarz-gelben Landesregierung

Fair sieht anders aus!

Bad Salzuflen bekommt die Gesamtschule – also: was soll das ganze Gerede noch?

Ja, die Gesamtschule kommt. **Aber warum?** Weil die schwarz-gelbe Landesregierung endlich ein Einsehen hatte? Weil fair-Play am Ende siegt? **Von wegen!** Weil die Eltern es so wollten und weil die Bad Salzufler per Bürgerentscheid gezeigt haben, was sie von der Politik wirklich erwarten.

Die Geschichte der Bad Salzufler Gesamtschule ist die **Geschichte**

te einer verfehlten Schulpolitik in NRW. Ihr durchgängiges Markenzeichen: die dreiste Missachtung des Elternwillens.

Trotz des eindeutigen Elternwillens (180 Anmeldungen), trotz eindeutiger Ratsbeschlüsse samt Schulentwicklungsplan, trotz aller erfüllten Bedingungen (Heterogenität der Anmeldungen=Schüler aus allen bisherigen Schulformen) **legt die Landesregierung bis heute Steine in den Weg, wo sie nur kann.** Bis heute wird der

Ganztagsunterricht, der an Gesamtschulen üblich und notwendig ist, verweigert.

Und weil kein anderes Argument mehr blieb, eilte Staatssekretär Wienand seinerzeit höchstpersönlich nach Bad

Salzuflen, um die Eltern von ihrem Vorhaben abzubringen. **Ab-surd:** Er empfahl ihnen, ihre Kinder in Bad Oeynhausen anzumelden – an der Gesamtschule dort sei noch Platz. **Soviel zum Thema Kompetenz und Ortskenntnis!**

Die fällige Unterschrift unter die Genehmigung wurde 2008 so lange hinausgezögert, bis sich eine Bürgerinitiative zur Rettung des dreigliedrigen Schulsystems gebildet hatte. Die erzwang einen Bürgerentscheid und verhinderte damit, dass die Gesamtschule 2009/10 gegründet werden konnte – 180 Kinder mussten sich damals einen anderen Schulplatz suchen.

Soviel zum Thema Kinderfreundlichkeit.

Und selbst nach dem grandios gescheiterten Bürgerentscheid **ging die Trickserei weiter:** die FDP-Landtagsabgeordnete und schulpolitische Sprecherin Pieper zur Heiden versuchte noch in letzter Minute, den vorgezogenen



Sigrid John, stv. SPD-Fraktionsvorsitzende und Fachfrau für Schulfragen

Anmeldetermin zu kippen, der dringend notwendig ist, damit die nicht aufgenommenen Schüler sich noch an anderen Schulen diskriminierungsfrei anmelden können.

Am Ende hat alles nichts geholfen: Nachdem nun auch noch die notwendige Begabungsbreite bei den angemeldeten Schülern durch die Bezirksregierung anerkannt worden war, musste die Schule eingerichtet werden.

- Insgesamt ein Lehrbeispiel für
- Missachtung des Elternwillens
- politische Trickserei
- sachliche Inkompetenz.

Fair sieht anders aus.



Die Gesamtschule im Zentrum Aspe kommt. Nicht, weil die Landesregierung es wollte, sondern weil die Bad Salzufler Bürger sie sich trotz aller Widerstände erkämpft haben.

NRW braucht wieder SPD

Land und Bund machen die Kommunen platt

Politik gegen die Gemeinden

Schluss mit dem Raubzug durch die kommunalen Kassen!

Etwa 80 Prozent aller Städte und Gemeinden in NRW können ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen. Auch in Bad Salzuflen fehlen 25 Millionen Euro im Haushalt 2010.

Gründe dafür liegen einmal in der Finanzkrise, die die Gewerbesteuererinnahmen wegbrechen lässt.

Schuld ist aber vor allem die Politik des Bundes und des Landes NRW, die den Städten und Gemeinden ständig neue Aufgaben aufbrummen, ohne dafür zu bezahlen!

Es hat einen **Raubzug des Landes in den kommunalen Kassen gegeben:** Beispiel ist die Einschränkung der Kostenbeiträge für die Kindertagesstätten (Kita), die viele Gemeinden dazu gebracht hat, auf eigene Rech-

nung die Eltern – zumindest die einkommenschwachen – zu entlasten, damit sie ihre Kinder auch weiterhin in die Kitas schicken können. Gerade Kinder aus sozial schwachen Familien haben einen Kitaplatz dringend nötig.

Das kostet allein in Bad Salzuflen über eine Million Euro. **Das lässt sich nun nicht mehr bezahlen.**

Die schwarz-gelbe Politik hat es geschafft, dass die Kommunen ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können. Sie können zum Teil nicht mal mehr ihre Pflichtaufgaben erledigen, von freiwilligen Aufgaben wie sozialer Betreuung, Zuschüssen an Vereine, Musikschulen etc. ganz zu schweigen.

Mit dem Rücken zur Wand schränken Städte und Gemeinden landesweit ihre Leistungen

ein, erhöhen die Abgaben und Steuern, erhöhen die Gebühren und entlassen Personal.

Dies ist für die gerade sich erholende **Konjunktur Gift,** weil natürlich dadurch die Aufträge an die Wirtschaft ausbleiben.

Was tut die Landesregierung?

Zunächst mal beschimpft der FDP-Innenminister Ingo Wolf die Gemeinden, sie hätten zu üppig gelebt und müssten eben den Gürtel enger schnallen.

Von der Landesregierung unter Rüttgers kommt nur **heiße Luft,** und so legen die Gemeinden zu Lasten ihrer Bürger Sparprogramme auf, die alle Menschen hart treffen werden und die Strukturen zerstören, die **nie wieder errichtet werden können.**

Kommunen sind in unserem Staat derzeit eben nicht „system-

misch“ bedeutend wie die Banken.

Das muss sich ändern! Die SPD in NRW hat das Problem seit langem erkannt und angekündigt, dass sie nach der Wahl die Kommunen durch maßgeschneiderte Sofortmaßnahmen dabei unterstützen wird, ihren Aufgaben nachzukommen.



Salzuflen muss lebens- und liebenswert bleiben

Trotz der unvermeidlichen Sparzwänge muss Bad Salzuflen lebens- und liebenswert bleiben. Darin sind sich die Koalitionspartner SPD und CDU einig.

Ein Gestaltungsrahmen bleibt aber nur, wenn die Haushalts-

sicherung abgewendet werden kann. Um den „Nothaushalt“ zu vermeiden, werden sich die Bürgerinnen und Bürger auf Sparmaßnahmen in allen Bereichen einstellen müssen. Der SPD ist wichtig, dass dies dann auch wirklich alle Bereiche betrifft –

und nicht nur die sozial Schwachen oder die, die keine Lobby haben. Deshalb sollen beispielsweise die Zuschüsse für die Kita-Gebühren erhalten bleiben.

„Die Lasten müssen gerecht auf alle Bürger verteilt werden“, sagt Fraktions-

vorsitzender Eduard Böger. Die Anhebung der Grund- und Gewerbesteuern auf den NRW-Landesdurchschnitt erscheint unvermeidbar. Die Bürde ist riesig: 2010 müssen 3,5 Millionen Euro gespart werden, 2011 sind es 7,6 Millionen, 2012 10,9 Millionen Euro.

Gehen Sie wählen!

Wahlexperten sagen ein Kopf-an-Kopf-Rennen voraus. Deshalb ist Ihre Stimme so wichtig: Der Wechsel ist möglich – nutzen wir die Chance!

Impressum

Das Stadtblatt

Herausgeber:
SPD Bad Salzuflen
Verantwortlich:
Eduard Böger
E-mail:
info@spd-bad-salzuflen.de
Druck: Werner Dröge GmbH

Wir machen das!

SPD

NRW braucht wieder SPD

Nochmal Schwarz-Gelb – das haben die Menschen in NRW einfach nicht verdient!

Starkes Land, starke Städte

Unsere Städte und Gemeinden sind das Fundament unseres Landes und die un-mittelbaren heimatlichen Bezugspunkte von rund 18 Millionen Menschen in NRW.

Zu sozialdemokratischen Regierungszeiten galt daher immer die Formel „**Stadt und Land – Hand in Hand**“. Seit 2005 gilt dieses kooperative Verständnis nicht mehr.

Die schwarz-gelbe Landesregierung betreibt ihre Politik hauptsächlich auf Kosten unserer Städte und Gemeinden. In einem früher undenkbar Ausmaß werden die Kommunen belastet.

Dieser **Raubzug durch die Kommunalen Kassen** hat die Gemeinden und damit die Menschen die dort leben mehr als drei Milliarden Euro gekostet.

Mit weitreichenden Folgen: Die Verschuldung der 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen hat dramatische Züge angenommen. Dies lässt sich allein an der Tatsache festmachen, dass mehr als die Hälfte der bundesweiten Kassenkredite durch NRW-Kommunen aufgenommen wurden.

90 Prozent der Städte wird in den nächsten fünf Jahren keinen ausgeglichenen Haushalt mehr aufstellen können. Die Großstädte in NRW sind

überproportional von der unzureichenden Ertragslage, mangelnder Finanzausstattung und Substanzverlust betroffen.

Durch das neue kommunale Finanzmanagement (NKF) ist sichtbar geworden, dass eine Überschuldung eingetreten ist, die von den betroffenen Kommunen alleine nicht mehr zu bewältigen ist. Ursache: **Der Bund überlässt den Ländern mehr Aufgaben, gibt ihnen aber weniger Geld.**

Schön für die Bundesregierung, untragbar für NRW. Und außerdem ein Verstoß gegen die kommunale Selbstverwaltungsgarantie. Diese verpflichtet Bund und Land zu einer aufgabengerechten Finanzausstattung der Kommunen.

Als bundesweit einziges Flächenland beschränkt sich Nordrhein-Westfalen im Steuererwerb und inzwischen auf das verfassungsrechtlich **vorgeschriebene Minimum**, indem es die Kommunen lediglich an den Gemeinschaftssteuern, nicht aber an den Landessteuern beteiligt.

Vielen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen **droht deshalb die Insolvenz.** Die Landesregierung muss der verfassungsrechtlichen Verpflichtung gegenüber den Kommunen endlich nach-



Starke Frau für ein starkes und gerechtes NRW: Ute Schäfer

kommen und Wege aus dieser Schuldenkrise eröffnen!

Die SPD hat dazu einen **Stärkungspakt Stadtfinanzen** für mehr Investitionen und Beschäftigung vor Ort entwickelt. Ziel ist die Entlastung hoch verschuldeter Gemeinden um die Zinslasten und die Tilgung für ihre Alt-schulden: Kommunen, die ihren Haushalt dauerhaft konsolidieren, können mit dem **Erlass ihrer Altschulden** bis zur Hälfte der ursprünglichen Summe rechnen. Sozialdemokraten werden die **Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung** zum Mittelpunkt des Regierungshandelns nach dem 9. Mai machen.

Kopf-an-Kopf-Rennen: Ihre Stimme zählt!

Schüler als Versuchskaninchen

Mächtiger Murks beim „Turbo-Abi“

Völlig planlos haben CDU und FDP ihr Abitur nach zwölf Jahren in NRW umgesetzt.

Die Entscheidung, die Sekundarstufe I nach Klasse neun enden zu lassen und die Oberstufe dreijährig zu belassen, wurde gleich nach Regierungsübernahme **Hals über Kopf** in die Tat umgesetzt. Es gab keine angepassten Lehrpläne, keine entsprechenden Schulbücher.

Lehrer und Lehrerinnen wurden mit der Umsetzung allein gelassen. **Schüler und Schülerinnen fühlten sich wie „Versuchskaninchen“.** Gerade in den unteren Jahrgangsstufen hat es eine große zeitliche Belastung für die Kleinsten gegeben.

Und der Murks geht immer weiter: Im nächsten Schuljahr kommt ein doppelter Jahrgang in die Oberstufe. Das Schulministerium hat niemals darüber nach-

gedacht, dass dafür auch die doppelte Anzahl an Schulbüchern notwendig ist. Wer bleibt auf dem Problem hängen? Die Schulen und die Kommunen.

Das Jahr 2013, in dem der doppelte Jahrgang das Abitur macht, wirft auch bereits seine Schatten voraus. **Bis zum heutigen Zeitpunkt gibt es keinen ordentlichen Maßnahmenkatalog der Landesregierung.**

Der SPD Vorschlag, zwei unterschiedliche Abitermine vorzubereiten und einen Jahrgang bereits im Sommersemester an die Unis zu schicken, wurde mit einem Federstrich weggewischt.

Es fehlt aber jetzt schon nachweislich an dem Ausbau von neuen Plätzen für die Studierenden. Hinzu kommt ein **dramatischer Lehrermangel an den Berufskollegs**, die im Jahr 2013 ebenfalls deutliche Zuwächse bekommen werden.



Gut, dass es Euch gibt: Landtagsabgeordnete Ute Schäfer zeigte sich im **Haus der Familie** begeistert über die vielfältigen Hilfs- und Unterstützungsangebote der Einrichtung in der Neuen Straße in Schötmar. Getragen vom **Kinderschutzbund** gibt es Spiel- und Lerngruppen, ein Elterncafé, Säuglingspflegekurse und vieles mehr.

KiBiz ist Mumpitz

Das sogenannte Kinderbildungsgesetz (KiBiz) der schwarz-gelben Landesregierung ist seit gut eineinhalb Jahren in Kraft. **Seitdem reißen die Klagen nicht mehr ab.** Besonders ungerecht sind die Unterschiede bei den Gebühren. Unter der Verantwortung von CDU und FDP hat sich das Land nämlich aus der Unterstützung der Kommunen

für Kindergartenplätze einkommensschwacher Eltern zurückgezogen und lässt Städte und Gemeinden mit dem Problem allein. Im Gegenzug „dürfen“ Städte und Gemeinden die Gebühren erhöhen. „Ungerecht und unsozial“, sagt Landtagsabgeordnete Ute Schäfer. Die SPD fordert **Gebührenfreiheit in allen Kindertageseinrichtungen.**

Kasper-Skandal: Unwürdiges Schauspiel kostet 400.000 Euro

Offensichtlich ist Andreas Kasper (CDU), Vorsteher des Landesverbandes Lippe, nicht bereit, die persönlichen Konsequenzen daraus zu ziehen, dass ihm der Dokortitel aberkannt wurde und seine Ver-

öffentlichungen eingestampft wurden.

Die eigenen Parteifreunde haben ihm den **Rücktritt nahe gelegt**, um weiteren finanziellen Schaden vom Landesverband fern zu halten.

Bei einer Abwahl von Andreas Kasper entstehen Kosten von ca. 400.000 Euro für den Verband.

Ute Schäfer hat deshalb den Innenminister schriftlich gebeten zu prüfen, ob Andreas Kasper mit seinem Verhalten nicht

gegen Paragraph 12 des Beamtenstatusgesetzes verstößt: „Dies sieht vor, dass ein Beamter unter bestimmten Voraussetzungen wegen **Unwürdigkeit** aus dem **Beamtenverhältnis entlassen** werden kann.“

Sozial und gerecht.